

Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 22 (1982)

Artikel: Aspekte der politischen Kommunikation in der Schweiz
Autor: Neidhart, Leonhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-172286>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ASPEKTE DER POLITISCHEN KOMMUNIKATION IN DER SCHWEIZ

von Leonhard Neidhart
Prof. Dr.
Universität Konstanz und Zürich

In einer Referendumsdemokratie sind politische Entscheidungen unmittelbarer und häufiger an die Öffentliche Meinung zurückgekoppelt. Diese Öffentliche Meinung lässt sich als System der politischen Kommunikation operationalisieren, welches den politischen Prozessen vorgeschaltet ist. Der folgende Beitrag will einige Merkmale der Struktur und der Prozesse des politischen Kommunikationssystems im vielgestaltigen Kleinstaat Schweiz ausleuchten. Er geht dabei davon aus, dass das Kommunikationssystem selbst in einen Kontext eingebettet ist, welchem es sich anpassen muss und durch den es selbst determiniert wird. Man könnte auch von der Substruktur des Kommunikationssystems sprechen, aus der heraus sich funktionale Erfordernisse nach Kommunikationsleistungen sowie Grade der Autonomie und der Restriktion des politischen Kommunikationsflusses erklären lassen. Herausragende Merkmale dieser Substruktur in unserem Land sind:

- 1. die Kleinheit der Verhältnisse,*
- 2. die innere Pluralität der Staatsorganisation sowie*
- 3. ihre Geschichtlichkeit.*

Effekte dieser Kontextmerkmale auf das politische Kommunikationssystem sind das Thema dieser einleitenden Betrachtungen.

Dans une démocratie référendaire, les décisions politiques sont plus directement et plus souvent liées à l'opinion publique. Cette opinion publique apparaît comme le système opérationnel de la communication politique, lequel est raccordé au processus politique. Le texte ci-après veut mettre en évidence quelques caractéristiques de la structure et des processus du système de la communication politique dans le petit Etat multiforme qu'est la Suisse. Dans ce but, on part de l'idée que le système de la communication lui-même fait partie d'un contexte auquel il doit s'adapter et par lequel il se détermine. On pourrait aussi parler de la sous-structure du système de la communication à partir de laquelle s'expliquent à la fois des exigences fonctionnelles en fait de prestations spécifiques, le degré d'autonomie et la diminution du flux de la communication politique. Les particularités dominantes de cette sous-structure dans notre pays sont:

- 1. la dimension modeste des composantes du système,*

2. *la pluralité interne de l'appareil étatique, ainsi que*

3. *sa profondeur historique.*

Les effets de ces particularités sur le système de la communication politique constituent le thème des remarques liminaires que voici.

I. Öffentliche Meinung und direkte Demokratie

Für eine Politologie der direkten Demokratie kann es kein „anhaltendes Bedauern über das Fehlen eines brauchbaren Begriffes der Öffentlichen Meinung“ geben, denn sie ist dort eine gebieterische Wirklichkeit. Unter keinen anderen demokratischen Bedingungen wird der politische Prozess, d. h. die Herstellung gesellschaftlich bindender Entscheidungen, die Verteilung der politischen Macht und die Lösung oder Nichtlösung von Problemen unmittelbarer, häufiger und einzelfragenbezogener durch die Öffentliche Meinung beeinflusst. Sie ist also auch ein Teil des politischen Systems, ihr kommen in der direkten Demokratie mehr und zentralere Funktionen zu, weshalb sie eher als Erste denn als Vierte Gewalt bezeichnet werden muss. Aus diesem Grund sind auch alle Prozesse, die mit der Entstehung, der Erzeugung, der Lenkung und der organisatorisch-rechtlichen Verfassung der Öffentlichen Meinung zu tun haben, in einem stärkeren Masse politisiert und somit ein zentrales Thema der Politischen Wissenschaft.

Geht man als Einstieg in die folgenden Überlegungen von der umgangssprachlichen Bedeutung der Doppelbezeichnung Öffentliche Meinung aus, dann ist *öffentlich* das Ergebnis eines *Übertragungsvorganges* von Bewusstseinsinhalten, die man nicht vertraulich halten will, die eine Person einer anderen mitteilt und bekannt macht. Solche Übertragungsvorgänge laufen bekanntlich nicht nur zwischen den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern, diesen und der sozialen Gruppen, sondern auch auf den höheren Stufen der Vergesellschaftung, also zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, zwischen Klassen, Glaubensgemeinschaften, politischen Lagern, zwischen Produzenten und Konsumenten, aber auch zwischen den Gebietskörperschaften so wie schliesslich zwischen den Organen des Staates unter sich und zu den gesellschaftlichen Akteuren ab. Darüberhinaus werden derartige innergesellschaftliche Übertragungs-, d. h. Kommunikationsprozesse immer stärker auch in übernationale Netze eingespannt.

Nicht gleichermassen leicht lässt sich indessen der Begriff der *Meinung* bestimmen. Meinung ist jedenfalls ein möglicher Inhalt solcher Übertragungsprozesse. Meinungen können auch erst durch solche Übertragungsprozesse entstehen bzw. verändert werden. Meinungen sind wohl noch nicht völlig gesichertes Wissen über Sachverhalte, die neben diesem kognitiven auch noch affektive und bewertende Elemente enthalten können. Nicht jede private Meinung wird man mitteilen und öffentlich machen. Zwischen dem, was man

an Meinung privat hält und öffentlich macht, gibt es also Transformationsprozesse, Selektionen, „Schweige- und Bekenntnisspiralen“. Meinungen sind immer Meinungen über Themen, und da es unendlich viele Themen gibt, existieren auch eine Vielzahl von Meinungen. Gleichwohl übersteigt es die Kapazität von Gesellschaftsmitgliedern, Organisationen auch jene der politischen Gemeinschaft als Ganzer, dass sie über alle Themen auch immer Meinungen präsent hat. In bezug auf ihren Informationsgehalt können Meinungen mehr oder weniger objektiv, stabil, sicher oder unsicher sein. Im Hinblick auf Bewertung kann eine Meinung positiv, negativ oder wohl auch mehr oder weniger indifferent sein. Für die Politikwissenschaft ist jedenfalls auch die Meinungslosigkeit ein relevanter Tatbestand. Meinung kann auch das Ergebnis von Täuschung sein, womit der Bezug zur Ideologie hergestellt ist.

Unter *Öffentlicher Meinung* verstehe „man die in der Bevölkerung eines Ortes oder Gebietes vorherrschenden Ansichten über Angelegenheiten von allgemeinem (öffentlichen) Interesse“. So kann man definieren, aber diese Definition trifft nicht den ganzen Sachverhalt, weil es jederzeit viel an „vorherrschenden Ansichten“ gibt, die zwar politisch relevant, nicht aber unbedingt von allgemeinem Interesse sind. Natürlich gibt es in jeder Gesellschaft Angelegenheiten von öffentlichem Interesse, d. h. lebenswichtige Fragen, letzte Wertvorstellungen und generalisierte Aufmerksamkeitsstrukturen gegenüber angebbaren Ereignissen und Entwicklungen. Gleichwohl wird man eine Öffentliche Meinung nicht an *letzten* Inhalten festmachen können sondern an dem, was sich unter gegebenen historischen und politischen Bedingungen an Einzelmeinungen „vorherrschend“, gemeinsam machen oder „gleichrichten“ lässt. „Gleichrichten“ lassen sich dann nicht nur Meinungen, Ansichten, Kenntnisse, Bewertungen, Interessen oder Absichten, sondern auch Erfahrungen, Stimmungen und Erinnerungen, Emotionen, also Bewusstseinsinhalte verschiedenster Art. So gesehen ist der Begriff des öffentlichen oder kollektiven *Bewusstseins* umfassender.

II. Kommunikation als „Generator“ von Öffentlicher Meinung

Meinungen, auch Öffentliche Meinungen, fließen aus *verschiedenen Quellen*, aus der unmittelbaren Einsicht und der Anschauung von Ereignissen, aus der Aktualisierung von Erfahrungen, somit aus dem Gedächtnis. Sie entstehen auch als Ergebnis der Verarbeitung von Erfahrungen, sie fließen aus Werten, folgen dem Anpassungsdruck, werden durch Sozialisationsprozesse erzeugt und Meinungen sind immer auch Produkte von Kommunikation. Alles, was ein Gesellschaftsmitglied als einzelnes meint, weiss, für richtig oder falsch, wichtig oder unwichtig, für politisch oder unpolitisch hält und will, alles was Interessengruppen fordern oder verweigern und was eine staatliche Gemeinschaft als politisch definiert und für alle verbindlich beschliesst, welche Probleme sie wie und auf Kosten von wem löst oder ungelöst lässt, ist demnach wesentlich das *Ergebnis von Kommunikation*. Mit diesem Begriff soll im

folgenden die Gesamtheit der Vorgänge verstanden werden, die mit der Erzeugung, der Beschaffung, der Weitergabe, der Vereinheitlichung und der Anwendung von Bewusstseinsinhalten zu tun haben. Kommunikationsprozesse sind elementare und ubiquitäre Vorgänge, d. h. sie finden in allen Bereichen des sozialen Lebens statt und gehen den dortigen Tätigkeiten voraus.

Politische Kommunikationsprozesse können insofern konflikthafter werden, als dabei Angelegenheiten, Werte und Interessen *aller* auf dem Spiele stehen. Politisch werden Kommunikationsprozesse dann, wenn sie die Machtverteilung in einer Gesellschaft, die Gestaltung ihrer obersten Ordnung und die Herstellung bindender Entscheidungen beeinflussen. Auch dabei gehen sie allen damit verbundenen Teilprozessen voraus oder folgen ihnen rechtfertigend nach. So bei der Auswahl von Amtsträgern, bei den Prozessen der Meinungsbildung von einzelnen und von Gruppen, bei der Politisierung gesellschaftlicher Bedürfnisse und Probleme, bei der Artikulation, der Aggregation von Interessen, beim Konfliktaustrag und der Konsensbildung, bei der Beschaffung von Unterstützung und Rechtfertigung und schliesslich bei der Abstimmung über Handlungsalternativen überhaupt. Natürlich können Kommunikationsvorgänge unter verfahrensmässigen oder unter inhaltlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Die folgenden Betrachtungen setzen bei *prozessualen* Aspekten an, weil das *wie* der Übertragungen, ihre Strukturen und Durchlässigkeiten auch das *was*, die Kommunikationsinhalte, die Horizonte des öffentlichen Bewusstseins und damit die Richtung der öffentlichen Meinung bestimmen. Oder anders ausgedrückt: der Umfang, die Vielfältigkeit, die Qualität und damit letztlich auch die Objektivität der Öffentlichen Meinung sind zweifellos eine Funktion der Durchlässigkeit und der Kapazität jener Übertragungsprozesse.

III. Kommunikationsprozesse als System

Nun sind solche, die gesamte Gesellschaft überspannenden Kommunikationsprozesse in sich selbst äusserst komplex, da ja eine Vielzahl verschiedener Quellen, Kommunikatoren, Kanäle, Medien, Strategien und Empfänger zugeschaltet sind. Modelle, die diesen Sachverhalt abbilden, sind bekannt und sie brauchen deshalb an dieser Stelle nicht referiert zu werden. Es genügt, wenn man sich die wichtigsten Stufen solcher Abläufe kurz vergegenwärtigt.

Bevor es überhaupt zur Kommunikation, somit zu Übertragungen, zur Übermittlung oder zum Austausch von Bewusstseinsinhalten kommen kann, muss das Material erst einmal beschafft, ausgewählt, „verschlüsselt“ und in die Kanäle eingegeben werden. Dann wird es gesprochen, gedruckt oder in Bildern weitergegeben, wobei laufend weitere Filterungen und Selektionen stattfinden. Schliesslich kommen die Kommunikationen beim Empfänger an, der jene je nach dem selektiv aufnimmt und versteht. Solche Übertragungen können in verschiedenster Art als direkte, indirekte, einseitige oder zweisei-

tige, als informative oder persuasive sowie als Massen- oder Fachkommunikation stattfinden.

Deshalb ist es zweckmässig, von einem Kommunikationssystem zu reden. Gemeint ist damit das gesamte infrastrukturelle Netzwerk, das der Erzeugung, dem Transfer, der Regulierung, der Speicherung, der Gleichrichtung, der rechtlichen Sicherung und der Kontrolle von Informationen dient. Mit diesem Begriff des Systems wird diese Betrachtung – dieser Kommunikationsversuch über Kommunikationsverhältnisse – jetzt selbst in eine *theoretische Perspektive* eingezwängt, die als solche nicht im Detail erläutert werden kann. Systeme, auch Kommunikationssysteme haben eine Struktur und Funktionen. Durch seine Struktur grenzt es sich selbst von seiner Umwelt ab und mit seinen Funktionen erbringt es Leistungen für diese Umwelt. Solche Strukturen bestehen, *weil* ein Bedarf nach entsprechenden Leistungen besteht, umgekehrt müssen solche Strukturen erst einmal da sein, *damit* solche Funktionen erbracht werden können. Die Strukturen des Kommunikationssystems sind dann gewissermassen die „Gefässe“, in denen der Kommunikationsstrom mehr oder weniger umfassend, transparent und kontrollierbar, gefiltert und gesteuert ablaufen kann. Theoretisch haben insbesondere politische Kommunikationsstrukturen ein Doppeltes zu gewährleisten: Sie sollen die Überfülle möglicher Kommunikationen ordnen und kanalisieren, ihre Komplexität also *reduzieren*, damit Entscheidungen, damit Zustimmung und Mehrheiten möglich werden, zugleich obliegt es ihnen aber auch, Kommunikationskomplexität zu *produzieren*, das heisst, das Herbeischaffen und Öffentlichmachen möglichst vieler Informationen, Meinungen und Beurteilungen sicherzustellen. Nur so kann sich die Öffentliche Meinung als Erste Gewalt demokratisch aufbauen.

Kommunikationsleistungen, d. h. die Beschaffung, die Aufbereitung und die Weitergabe von Informationen werden durch hierfür spezialisierte Rollenträger, Organisationen, als Verknüpfung von Rollen, und Spezialsysteme wie jenen der Presse, des Radios und Fernsehens erbracht. Die Zahl und die Zusammenordnung dieser Elemente machen dann das aus, was man als die *Struktur* des Kommunikations- bzw. des publizistischen Systems bezeichnet. Beachtet werden sollte, dass zwischen kommunikationssysteminternen Funktionen oder Beiträgen – Beschaffung, Selektion, sprachliche Abfassung, Interpretation und Transport – und *externen* unterschieden werden muss, Leistungen also, welche das Kommunikationssystem für *andere* Teilsysteme der Gesellschaft, z. B. für das politische System erbringt. Dann bestimmt die interne Kapazität des Kommunikationssystems den Umfang und die Qualität der Leistungen, welche jenes für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erbringen kann. Deshalb setzt diese Betrachtung bei den *internen* Strukturen des Kommunikationssystems und ihrer Leistungsfähigkeit an.

Wie aber lässt sich nun die Leistungsfähigkeit von Kommunikationsstrukturen analysieren und erklären? Eine Antwort auf diese zentrale Frage wird

möglich, wenn man sich kurz vergegenwärtigt, wie *Strukturen* entstehen und was sie sind. Sie sind als Ganzes genommen zweifellos ein Mehrfaches.

Erstens: Auch Kommunikationsstrukturen sind natürlich das Ergebnis von Erfindungen und *technischen Entwicklungen*. Man denke dabei an die Entwicklung der Drucktechnik und die elektronischen Übertragungsmittel. Gegenwärtig sind es ja gerade derartige technische Neuerungen, welche die Struktur des Kommunikationssystems verändern und neue ordnungspolitische Bedürfnisse erzeugen. Dabei hängt die Verwendbarkeit neuer und oft teurer Kommunikationstechnologien – wie in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auch – z. B. von der Grösse der Einheiten und den finanziellen Möglichkeiten ab. Kommunikationsstrukturen sind in Teilen ja auch *wirtschaftliche* Einrichtungen, also Institutionalisierungen zur Erzielung von Gewinnen, wie sich an der zunehmenden Kommerzialisierung bestimmter Kommunikationssektoren ablesen lässt.

Zweitens: Kommunikationsstrukturen sind darüberhinaus aber immer auch Festlegungen durch *Macht*, wie sich am Kampf um Fragen der Gestaltung des Medienrechtes zeigt, so dass Kommunikationsleistungen auch im Dienste der Erhaltung dieser Macht stehen. Dann stellt sich die Frage, durch welche Formen der Demokratisierung die Vermachtung von Kommunikationsstrukturen minimisiert werden kann und wo die Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Demokratisierung letztlich liegen.

Drittens: Bei der Verdeutlichung dieses dritten Bezuges kommt jetzt die Perspektive der Systemtheorie zur Geltung. Sie geht ja davon aus, dass Strukturen immer auch „Gefässe“ in einem grösseren Ganzen, Anordnungen sind, die sich ihrer Umwelt gegenüber anpassen müssen bzw. in ihrer Anlage durch die Gegebenheiten, die Besonderheiten dieser Umwelt als Kontext geprägt, festgelegt und partiell determiniert werden. Das ist zunächst beinahe eine Trivialität, denn wer wollte etwa bestreiten, dass die Geographie, die Topographie unseres Landes, die Alpen, die Flussläufe oder die Lage der Seen nicht auch die schweizerischen Siedlungs-, Wirtschafts- und Verkehrsstrukturen determinieren. Umwelteigenschaften dieser Art ermöglichen und begrenzen auch die Institutionalisierung politischer Verfahren. So ist die direkte Demokratie ja nur in kleinen Verhältnissen rationell, und der Föderalismus verarbeitet Probleme und Bedürfnisse, die aus der sprachlichen und historisch regionalen Vielgestaltigkeit des Staatsgebietes resultieren. Auch das Milizsystem als Einrichtung der nicht voll professionalisierten politischen Repräsentation ist eine Schöpfung der kleinen und deshalb in verschiedener Hinsicht geringerer Leistungen bedürfenden Verhältnisse. Umwelteigenschaften dieser Art generieren ferner besondere *Bewusstseinsformen* und Wertvorstellungen: die Knappheit an Raum und natürlichen Ressourcen eine besondere Wirtschaftsgesinnung oder die Abhängigkeitsbefürchtungen des Kleinstaates einen starken Freiheitswillen.

Dass Umwelteigenschaften vor allem auch Strukturen begründen, die mit dem *Transport* von Gütern, Personen, Energie, aber auch von *Bewusstseinsinhalten*, von Meinungen, Stimmungen, Ängsten, Hoffnungen und Informationen – dem Kommunikationssystem also – zu tun haben, liegt auf der Hand. Bewusstseinsinhalte und Kommunikationsstrukturen sind in einem starken Masse kontextgebunden. Die Frage ist dann, in welchem Masse diese Kontextbindung des Kommunikationssystems seine Kapazität, seine Leistungsfähigkeit, seine Vermachtung bzw. seine Demokratisierbarkeit beeinflusst. Damit ist die *zentrale Frage* dieser Skizze und auch das Konzept ihrer Behandlung klar.

Bevor diese Darlegungen konkreter werden können, drängen sich einige knapp gefasste *analytische Präzisierungen* dieses System-Umweltkonzeptes auf. Theoretisch steigt die Informationsverarbeitungskapazität von Kommunikationsrollen und Institutionen mit dem Grad ihrer Verselbständigung, ihrer Ausdifferenzierung bzw. ihrer Ablösung von anderen Rollen, weil durch diese dann die Spezialisierung auf Kommunikationsverarbeitung möglich wird. Das ist für *Organisationen* der Kommunikationsverarbeitung richtig, weil z. B. eine Zeitungsredaktion, eine Radio- oder Fernsehanstalt oder eine Presseagentur um so mehr leisten kann, wie sie über eigene hauptamtliche Redaktoren und über eigenes Geld verfügt. Haben sie das nicht, wie viele der kleinen schweizerischen Zeitungen, dann werden sie von den Informations- und Geldzulieferern abhängig. Das gilt auch für andere politische Kommunikationsaktivitäten wie Wahl- und Abstimmungskämpfe, die jene effektiver führen können, die mehr Geld und professionalisiertes Personal haben. Auf der Rollenebene muss das, gerade im Bereiche der politischen Kommunikation, nicht unbedingt so sein. Dort steigt die Kapazität für die Kommunikationsverarbeitung mit dem Grad der Ausdifferenzierung und Spezialisierung als Journalist nicht zwangsläufig. Vielmehr kann das Gegenteil der Fall sein, weil besondere Rollenverknüpfungen dort zu hochkomplexen und entsprechend leistungsfähigen Wissensbeschaffungsmöglichkeiten führen können. Ist ein Redaktor oder ein Manager bei Radio und Fernsehen nebenbei auch Mitglied eines Parlamentes, eines Parteivorstandes, einer Behörde, eines Verwaltungsrates, einer Universität, eines wichtigen Vereines oder eines militärischen Stabes, wie das in der Schweiz – zumindest bei einem Teil der bürgerlichen Presse – ja durchaus häufig ist, dann hat er natürlich einen besseren Zugang zu Informationsquellen. Gleichzeitig unterliegt er aber auch in dem, was er schreibt und kritisiert, einem gewissen Erwartungsdruck seiner Nebenrollen. Um es im Fachjargon auszudrücken, ist diese Polyvalenz in ihren Auswirkungen durchaus ambivalent. Damit ist auch das Problem der *Autonomie* des Kommunikationsprozesses gegenüber den gesellschaftlichen Interessen angeschnitten, die sichergestellt werden muss, soll der Kommunikationsprozess nicht einfärbig verlaufen, das öffentliche Bewusstsein ideologisch einfärben und die politischen Entscheidungen entsprechend vorsteuern.

IV. Kontexte des Kommunikationssystems

Im nächsten Schritt der Überlegungen sollen jetzt die Umwelten bzw. die *Kontexte* benannt werden, welche das politische Kommunikationssystem strukturieren und an die es sich adaptieren muss. Da Kommunikationsprozesse ubiquitäre Vorgänge darstellen, sind sie auch an sehr zahlreiche Umwelten gebunden. Politisch bedeutsame Kommunikationsprozesse durchlaufen ja die sozialen, die ökonomischen und die kulturell-wissenschaftlichen Gruppierungen einer Gesellschaft, sie sind zudem an substaatliche Gebietskörperschaften gebunden und werden auch durch die suprastaatliche Umwelt beeinflusst. Theoretisch erhöht das ihre Autonomie, weil sich mit der Anzahl von Umweltabhängigkeiten deren Stärke vermindert.

In Wirklichkeit handelt es sich um eine ganze Kette von Kontexten, denn allein schon die internationale Umwelt gliedert sich ja in eine europäische Nahumwelt, in die westliche, die östliche und in die Dritte Welt. Dabei spielt auch die Lage der Schweiz eine Rolle, die ja an drei verschiedene Sprachkulturen, die alle selbst in das nationale Territorium hineinragen und hineinstrahlen können, angrenzt.

Auch *im Inneren* der Gesellschaft sind die Gesellschaftsmitglieder in zahlreiche Umrahmungen – Kontexte – eingespannt, durch die ihr Denken, ihr Handeln, ihre Konflikte und ihr Glück beeinflusst werden. Vom individuellen Kern nach Aussen betrachtet sind es die Familie, die Nachbarschaft, die Gemeinde, die Berufswelt, die Freizeitwelt, glaubensmässige Vergemeinschaftungen, der Kanton, die Landesregion, der Staat und schliesslich auch die natürliche Umgebung. Sie alle beeinflussen die Übertragungsformen und die Inhalte des individuellen und kollektiven Bewusstseins und zwar das kulturelle, das ökonomische wie auch das politische. Für die politische Kommunikation sind zunächst die *Pluralität*, die grössenmässigen und sprachlichen Verschiedenheiten sowie die *historische Identität* der Gebietskörperschaften – mehrere Landesregionen, 26 Kantonalstaaten, Kantonsregionen, 3000 Gemeinden – in hohem Masse konstitutiv, weil sie ja viele Kommunikatoren, Übertragungsmedien, -kanäle und -barrieren, viele Empfänger sowie Bedürfnisse nach Veröffentlichung, nach Meinungsbildung, nach Verschweigen sowie nach Koordination des Wissens und der Informationen erzeugen. Diese gebietskörperschaftliche Pluralität vergrössert die politische Apparatur, da es ja auf allen drei (bis vier) Ebenen des Bundesstaates je eigene direktdemokratische Beteiligungsformen, Parteiensysteme, publizistische Systeme, Wahlverfahren, Parlamente, Regierungen und Gerichte sowie Verwaltungen gibt. Muss noch einmal gesagt werden, dass dieser institutionell-politische Kontext die Verfahren und die Inhalte der politischen Meinungs- und Bewusstseinsbildung beeinflussen?

Wenn das so ist, dann stellt sich jetzt die Frage, bei welchem Glied dieser Kette von sich gegenseitig bewirkenden Kontexten die Analyse des Kommunikationssystems ansetzt. Sie könnte beim Individuum ansetzen und von dort ausgehend die verschiedenen gesellschaftlichen Verschaltungen – einer

chinesischen Puppe gleich – auseinanderfalten. Sie könnte am andern Ende dieses Kontinuums von Umwelten, bei der Weltgesellschaft ansetzen, um zu sehen, wie der Kleinstaat Schweiz dorthinein „verpackt“ ist.

Einen *mittleren Horizont* als Ansatzpunkt der Analyse liefern indessen die elementaren Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Gemeinschaft selbst. Es sind dies die *Kleinheit* der schweizerischen Gesellschaft, die eine territoriale und eine bevölkerungsmässige Dimension hat, womit auch Eigenschaften der Ressourcenausstattung, der Geographie und der Zentrallage des Staatsterritoriums verknüpft sind, sodann die innere gebietskörperschaftliche und sprachliche *Pluralität* des Staatsgebietes. Wie bereits angedeutet, sind das zwei zentrale Rahmenbedingungen, welche, wie jetzt näher zu erläutern ist, politische Kommunikationsstrukturen direkt, aber auch indirekt über die Siedlungs-, die Betriebsgrößenstrukturen und über die besonderen institutionellen Vorkehrungen des politischen Systems determinieren. Dabei ist es interessant, jetzt schon zu sehen, in welchem Verhältnis diese beiden Kontextmerkmale stehen. Die Pluralität der schweizerischen Gesellschaft multipliziert nämlich alles, was mit Kommunikation zu tun hat und bewirkt damit einen *Vergrößerungseffekt* des nationalen Kommunikationssystems. Umgekehrt verkleinert diese Vielfalt die Teileinheiten des Kleinstaates und sie verstärkt damit die Effekte, die Kleinheit, geringe Distanzen, Nähe, Sichtbarkeit und Überschaubarkeit auf die politischen Kommunikationsstrukturen ausüben.

V. Kommunikationseffekte der Kleinheit

Die Kleinheit einer gesellschaftlichen Einheit, d. h. die geringe Zahl ihrer Mitglieder und/oder die geringe Ausdehnung ihres Raumes beeinflusst *alle Elemente* ihres Kommunikationssystems. Sie erleichtert zunächst die Beobachtbarkeit, die Wahrnehmbarkeit und damit die Kontrolle über Ereignisse und Verhaltensweisen. Sie vereinfacht und verbilligt damit die Beschaffung entsprechender Informationen und macht das Geschehen überhaupt sichtbarer und damit öffentlicher. Dementsprechend ist Anonymität, Privatheit und damit soziale Autonomie eher knapp. Die Mitglieder kleiner Einheiten werden somit stärker durch das Kollektiv gesteuert. Effekte dieser Sichtbarkeit der Verhältnisse können sein – in Stichworten – eine besondere Identität, Homogenität, ein Wir Bewusstsein und eine stärkere Verflechtung der Lebensbereiche, was entsprechend grössere soziale Reibungsflächen, Konflikte oder aber Rückzugs- und Privatisierungshaltungen zur Folge haben kann.

Kleinheit beeinflusst aber nicht nur die Beschaffbarkeit von Wissen, sondern vor allem auch und sehr weitgehend die Arten der *Übertragung* von Bewusstseinsinhalten. Kommunikation ist oft eine *direkte*, eine Übertragung von Ereignis zu Person, von Person zu Person oder von Amtsträger zu Amtsträger und dies in starkem Masse von Angesicht zu Angesicht. Solche Übertragungsprozesse sind zunächst Austauschvorgänge von hoher *Komplexität*,

d. h. dass neben dem Ziel der Kommunikation immer auch noch eine Menge zusätzlicher Informationen übertragen werden können. Jeder kann in einem direkten Austausch über den anderen mehr wahrnehmen und in Erfahrung bringen, als dass der Kommunikationspartner es überhaupt will. In kleinen Einheiten wird man wahrgenommen und man nimmt wahr, dass man wahrgenommen wird, ein Sachverhalt, den die Soziologie als *Reflexität* bezeichnet. Schliesslich erfolgen Übertragungsprozesse in kleinen Einheiten auf einem niedrigeren Grad der *Institutionalisierung* und damit der *funktionalen Autonomie*. Damit ist die Tatsache gemeint, dass in kleinen Verhältnissen vor allem politische Kommunikationsprozesse weniger stark von anderen Übertragungsvorgängen abgelöst, stärker rückgekoppelt bzw. weniger ausdifferenziert ablaufen. Geringere Institutionalisierung heisst, dass Übertragungen stärker über Rollenträger vonstatten gehen können, was die Vorteile der Bürokratisierung, nämlich klare Verantwortlichkeiten, Aktenkundigkeit und Nachprüfbarkeit nicht immer voll zum Tragen kommen lässt.

Kleinheit der Verhältnisse hat Effekte nicht nur auf die Beschaffbarkeit und auf die Verfahren der Übertragung von Informationen, sondern sie beeinflusst schliesslich auch das *Verhalten der Rezipienten*, die Selektivität der Informationsaufnahme, deren Verarbeitung und entsprechende Reaktionsweisen. Um was es dabei geht, soll später noch etwas näher umschrieben werden.

Indessen sollten theoretische Sichtweise und Pfad der Analyse dieser Darstellung selbst klarer geworden sein. Sie versteht das Kommunikationssystem als das Ergebnis, als Ausprägung einer ganzen *Kette von Kontexteffekten*. Die Kleinheit bestimmt die Verfahren des Umganges mit Bewusstseinsinhalten, was dann auch deren Inhalte bewirkt. Solche Effekte können dabei immer *positiver* Art sein, d. h. Kommunikation erleichtern, gleichzeitig aber auch Kommunikationsrestriktionen und *Verfahrensprobleme* erzeugen, auf die im Sinne von Zusatzproblemlösungen wiederum reagiert werden muss. Um ein Beispiel für das damit Gemeinte vorwegzunehmen: Direkte Übertragungen erleichtern Kommunikation und machen einfache Verfahren möglich. Sie bedrohen aber auch die Anonymität und die Freiheit, Probleme auf die dann mit der Hochhaltung entsprechender Werte von Autonomie oder mit Rückzug, Privatisierung, Individualismus, vielleicht im letzten sogar mit politischer Abstinenz reagiert wird. Und schliesslich wirken die Ergebnisse solcher Kommunikationseffekte in das politische Verhalten und in das politische System hinein und von dort wiederum in die Gesellschaft zurück.

Bisher war immer wieder von *kleinen Einheiten* die Rede, was ebenfalls einer Präzisierung bedarf. Klein sind nicht nur viele schweizerische Gemeinden und Kantone. Klein sind auch zahlreiche schweizerische Betriebe, vor allem aber auch die übrigen Teileinheiten des politischen Systems, also Zeitungsredaktionen, Verbands- und Parteiorganisationen, Parlamente, regierende Räte und Verwaltungen. Klein und überschaubar ist letztlich auch die politische Elite in den Gemeinden, den Kantonen und im Bundesstaat selbst,

so dass entsprechende Kommunikationseffekte überall dort auftreten, dennoch aber getrennt untersucht werden müssten.

1. Äussere Einwirkungen der Kleinstaatlichkeit

Ist ein Staat klein, dann hat er allein schon wegen seiner geringen Grösse eine andere bewusstseinsmässige Beziehung zu seiner *internationalen Umwelt*. Seine interne Öffentliche Meinung kann ohne diesen Umweltbezug nicht begriffen werden, gleichwohl soll dieser Aussenbezug hier nur kurz gestreift werden. Vorweggenommen werden muss, dass die Lage des Kleinstaates Schweiz nicht insular oder marginal, sondern zentral ist. Bekanntlich grenzt die Schweiz an eine Nahumwelt an, die eine komplizierte Geschichte hat, aus vier Nationalstaaten und drei verschiedenen Sprachkulturen besteht, welche alle drei in die schweizerische Gesellschaft hineinragen. Rein technisch gesehen kann der Kleinstaat durch die modernen Massenkommunikationsmedien dieser Nachbarn überstrahlt werden, was die *externe Verflechtung* der nationalen Öffentlichen Meinung erhöht, externe und national nicht kontrollierbare Informationsquellen nutzbar macht und damit die *interne Autonomie* des politischen Kommunikationsprozesses reduziert. Die Werbeimmission des auf einem Grenzberg aufgestellten Privatsenders hat die Grenzen der Kontrollierbarkeit des nationalen Kommunikationsfeldes deutlich werden lassen. Nur am Rande sei vermerkt, in welchem Masse neue Kommunikationstechnologien zu einer Pluralisierung der Informationsquellen und damit zu einem Verlust der sozialen und politischen Kontrolle über Kommunikationsprozesse führt. Das zeigt sich im Zusammenhang von „Schwarzsendern“ bei Demonstrationen ebenso wie beim stark individualisierten Musikkonsum der jungen Leute und Schüler, der ihnen über ihre Kassettenmedien schlagartig möglich geworden ist.

Jene starke kommunikative – und deshalb auch wirtschaftliche – *Umweltverflechtung* des Kleinstaates Schweiz hat, verbunden mit seiner eigenen hohen Sprachkomplexität, zahlreiche Auswirkungen. Sie erhöht zunächst die Autonomie des von Natur aus abhängigen Kleinstaates. Indem die Schweiz nämlich zu drei verschiedenen Sprachkulturen Bezüge hat, ist sie weniger von einer einzigen abhängig und kann die eine Loyalitätszumutung mit den zwei anderen equilibrieren. Sie hat ausserdem drei Bezugsquellen für Wissen und sie kann ihr – auch wirtschaftliches Handlungspotential erhöhen. Ausserdem kann sie diese kulturellen Mehrfachloyalitäten als Begründung für ihre Neutralität ins Feld führen. Mit solchen Kommunikationsbrücken ist immer aber auch die Gefahr einer „Überfremdung“ verbunden, was Abwehrreaktionen und die Hochhaltung und ideologische Rechtfertigung der eigenen politischen Identität als sogenannte Willensnation auslöst bzw. notwendig macht. Natürlich erzeugen diese externen kulturellen Mehrfachloyalitäten im Landesinneren Spaltungen der Öffentlichen Meinung, politische Zielverschiedenheiten und Konflikte eigener Art, wie sie sich an zahlreichen Volksabstim-

mungsergebnissen bzw. deren Unterschiede zwischen der französischsprachigen und der deutschen Schweiz ablesen lassen. Sie erzeugen im Innern darüberhinaus auch einen spezifischen Bedarf Koordination und Konsens.

Im Verhältnis zur Staatenumwelt bedeutet Kleinstaatlichkeit aber auch knappere Handlungsressourcen, engere Spielräume und potentielle *Abhängigkeit*. Aber nicht nur das: Je kleiner eine Einheit ist, desto grösser ist der Aussendruck, was sich im Inneren dann als *Integrationskraft* und als Quelle für die *Legitimation* bestimmter Politiken umsetzt. Ohne diesen Aussendruck sind die sprachkulturelle Einträchtigkeit, die relative Harmonie im Föderalismus, die Proporz- und Konkordanzdemokratie und auch das Friedensabkommen oder die schweizerische Wirtschaftsgesinnung mit ihrem beispiellosen Erfolg nicht zu verstehen. Und immer sind Perzeptionen und Bewusstseinsbildung die Basis solcher Effekte. Legitimationshilfe leistet dieser Aussendruck für fast alle Politikbereiche: Natürlich für die Agrarpolitik mit ihrer Privilegierung der Landwirtschaft, für die Wirtschaftspolitik mit ihrem verbreiteten Antietatismus und schliesslich für die Zivilschutz- und Verteidigungspolitik mit ihrem exorbitanten und tabuisierten Aufwand, ihrer sozial breiten Abstützung in der allgemeinen Dienstpflicht und einem Heer von Milizoffizieren, die selbst wieder Mitglieder von Parlamenten, Regierungen, Unternehmungen, Banken, Universitäten, Gymnasien, Volksschulen, Gerichten, Verwaltungen und Kommunikationsmedien sind und überall Übertragungsstationen sui generis darstellen.

Die potentielle Abhängigkeit des Kleinstaates schafft in seinem Inneren *Prädispositionen* sehr verschiedener Art, etwa auch für Gefühle der Unsicherheit, des stärkeren Bedrohtseins und Befürchtungen vor einem Verlust der Freiheit, *Prädispositionen*, die natürlich für innenpolitische Zwecke verstärkt werden können. In bezug auf den politischen Kommunikationsprozess entstehen daraus besondere *Aufmerksamkeitsstrukturen und Selektionsregeln*, welche die Wahrnehmung und das Interesse für ganz bestimmte Themen und Ereignisse lenken. Generell ist das eine höhere Aufmerksamkeit des Kleinstaates gegenüber dem Geschehen in der Umwelt. Der Kleine beobachtet seine potentiell bedrohliche Umwelt genauer und er registriert dort vor allem jene Themen und Ereignisse mit besonderer Aufmerksamkeit, die mit Neuerungen, Veränderungen und Krisen zusammenhängen. Er tut dies, um entsprechende innere Dispositionen bewussthaltend und möglicherweise verstärken zu können. Tatsächlich ist die Berichterstattung der schweizerischen Medien über das Geschehen im Ausland – ihr Informationsimport also – vergleichsweise umfangreich und in der angedeuteten Weise themenbezogen. Kriege – z. B. die Nahostkriege zwischen Israel und den Arabern –, Aufstände und Repressionen wie jene in Ungarn oder Afghanistan haben im Kleinstaat immer wieder Mobilisierungsschübe und Sicherheitsreflexe ausgelöst. Auch die Studentenunruhen, Streiks, terroristische Bewegungen, aber auch etwa Regierungskrisen im näheren Ausland finden in den schweizerischen Medien eine hohe Aufmerksamkeit. Die Berichterstattung über derartige Vorkommnisse ist oftmals höchst ausführlich und man wird sagen

dürfen, dass die Neue Zürcher Zeitung dies besonders pflegt und dass sie als Vermittlerin von Informationen und Einschätzungen aus der Umwelt an die schweizerische Elite dominierend ist, wenn nicht gar eine Art Monopolstellung einnimmt.

Diese Bemerkungen mögen genügen, um zu zeigen, in wie starkem Masse die Öffentliche Meinung des Kleinstaates durch *externe Quellen* gespeist und strukturiert wird und auch sensibler auf internationale Umweltereignisse reagiert. Antriebskräfte für öffentliche Meinungsumschwünge liegen verstärkt ausserhalb der Grenzen. Es ist verständlich, dass die Aufmerksamkeit des Kleinstaates krisenhaften Ereignissen in besonderem Masse zugewendet wird. Die umfangreichere Berichterstattung hierüber ergibt Möglichkeiten des *Vergleiches* mit den eigenen Verhältnissen, die bisher immer besser waren, so dass jener Informationsimport Zufriedenheit und Legitimitätsglaube verstärkte. Aus dem Grundgefühl des kleinstaatlichen Bedrohtseins heraus hat jener Informationsimport immer wieder auch zu kollektiven Gesten der Abwehr, des Rückzuges auf das Eigene, Bestrebungen des Bewahrens und Reserven gegenüber Fremde erzeugt oder genährt. Der schweizerische *Konservatismus*, die Überfremdungsangst im Inneren, aber auch die Unsicherheiten im bezug auf Engagements nach Aussen, wie sie gegenwärtig in der Frage des möglichen Beitritts zur UNO und auch im Zusammenhang der Entwicklungspolitik zum Ausdruck kommen, haben zweifellos ihre Wurzeln in diesem Aussenverhältnis. Natürlich werden durch jene äussere Selektivität der Informationsverarbeitung auch die Prozesse der Definition *innenpolitischer* Aufgaben, diejenigen der Thematisierung von Problemen, der Setzung von Prioritäten beeinflusst. Darüberhinaus werden die Schwächen und Ängste des Kleinen durch die Kultivierung von Werten der Freiheit, der Unabhängigkeit, der Wehrhaftigkeit und wohl auch der Neutralität gleichsam bekämpft und geheilt. Die äussere Bedrohung rechtfertigt konfliktsparende politische Entscheidungsverfahren im Innern und sie motiviert zu Arbeitsamkeit, Sparsamkeit, Qualitätsleistungen und im Ganzen wohl zu einer pragmatischen, sehr vorsichtigen, vielleicht sogar reformscheuen und deshalb konservativen Politik.

Diesen Anmerkungen zum Aussenverhältnis ist noch anzufügen, dass, im Gegensatz zum grossen Interesse des Kleinstaates an den Vorgängen in seiner grösseren Umwelt, jenes der Grossen am Geschehen beim Kleinen – verständlicherweise – gering ist und meist über eine Kuriosenberichterstattung nicht hinauskommt. Dieses *Unbeachtetsein* hat gewisse Vorteile und dient der Autonomiesicherung des Kleinen. Zudem ist der Kleinstaat selbst bemüht, nach Möglichkeit nur positive Informationen zu exportieren. Wer dagegen verstösst, hat Sanktionen zu gewärtigen, wie es sich am Fall Jean Ziegler und anderen kritischen Publizisten gezeigt hat. Indessen ist der Finanzplatz des kleinen Staates Schweiz gross geworden und gewisse Eigenschaften haben das Land in den vergangenen Jahren international immer wieder ins Gerede gebracht. Es ist wohl so, dass kleine Einheiten sich von Aussen nicht gern kritisieren lassen und über sich selbst nur höchst ungern

kritische Informationen preisgeben. Während der schweizerische Leser über Konflikte, Krisen, Korruption sowie über politische und wirtschaftliche Missstände und Misserfolge im Ausland sehr ausführlich und regelmässig unterrichtet wird, sind der kritische Journalismus und auch die kritische Reflexion der eigenen Verhältnisse eher verpönt.

Auf das Problem der kritischen Kommunikation in kleinen Verhältnissen wird sogleich noch etwas einzugehen sein. Je geringer die Distanzen, desto verletzbarer und konfliktorischer kann Kritik werden, was die schweizerische Publizistik gewissermassen internalisiert hat. Auch die Neue Zürcher Zeitung berichtet über Problemfälle im fernen Kanton Wallis anders als über solche im eigenen Kanton. Indessen wiederholt sich diese Kommunikationsstruktur zwischen grossen und kleinen Einheiten *im Inneren der schweizerischen Konföderation*, wo es solche Relationen zwischen den Sprachregionen und zwischen den Kantonen auch gibt. Ein guter Teil der Dynamik des schweizerischen Föderalismus hat in solchen Empfindlichkeiten ihre Wurzeln. Abweisungen dieser Art bekommen insbesondere auch die grossen Medien von Radio und Fernsehen zu spüren, wenn sie statt örtlicher und regionaler Selbstdarstellungshilfe einmal auf Kritik verfallen.

2. Zur Kommunikationsdynamik im Innern kleiner Einheiten

Die Kleinheit einer Einheit konstituiert – wie gezeigt – nicht nur zu einer grösseren anderen besondere Kommunikationsbeziehungen, sondern sie strukturiert auch die *einheitsinternen* Verhältnisse jener Art in hohem Masse. Das sind gewiss zwei verschiedene Perspektiven, aber der damit angezielte Sachverhalt der politischen Kommunikation und Bewusstseinsbildung ist eng verknüpft. Klein sind in der Schweiz nicht nur zahlreiche Gemeinden und Kantone, sondern auch die darin fungierenden weiteren Einheiten des politischen Systems, die Behörden, die Parteien und die Medien also. Natürlich können deren Kommunikationsstrukturen im folgenden nicht gesondert dargestellt werden. Geht man aber von dem bisher verwendeten Kommunikationsmodell aus, dann lassen sich wohl in bezug auf seine wichtigsten Stufen der Beschaffung von Wissen, seiner Übertragung, Steuerung und Verwendung und den sich daraus für die weiteren politischen Aktivitäten ergebenden Konsequenzen einige Feststellungen treffen, die für alle gelten.

Das *Kommunikationsfeld* einer kleinen Einheit ist zunächst durch die geringere Anzahl von Interaktionspartnern, damit durch weniger Ereignisse sowie durch kürzere Distanzen und einfachere Übertragungswege gekennzeichnet. Die kleine Einheit ist sich selbst und ihren Mitgliedern in stärkerem Masse gegenwärtig, sie hat – gewissermassen von Natur aus – mehr Wissen über sich selbst und über das Tun und Lassen, die Erfolge und Misserfolge sowie über die Fähigkeiten und Dummheiten ihrer Mitglieder. Wenn eine Einheit mehr über sich weiss, dann hat sie auch ein stärker ausgeprägtes und wohl auch homogeneres Kollektivbewusstsein. Weil sie mehr weiss, entsteht

auch mehr Kommunikation, weil Kommunikation intensiver ja nur über Dinge betrieben werden kann, über die man Vorwissen und Vorverständnisse hat. Mehr Kommunikation kann mehr Konflikte zur Folge haben. Ausserdem setzt dieses natürliche Mehrwissen der Manipulierung und der Ideologisierung von Wissen bestimmte Grenzen. Auch inhaltlich dürfte dieses Mehrwissen Konsequenzen haben und zwar konservierende im Sinne einer stärkeren Anbindung an das Gegebene, das unmittelbar Wahrnehmbare, eben an das, was man erfahren hat, besitzt, kennt, für richtig oder falsch, für gut oder schlecht hält.

Nun weiss man in kleinen Kollektiven von Natur aus nicht nur mehr, Wissen ist dort auch einfacher, schneller und umfassender *beschaffbar*. Das ergibt sich aus den kleineren Mitgliederzahlen, aus den geringeren räumlichen und sozialen Distanzen, also aus der Nähe und der geringeren Trennung von Lebensbezügen. Das erhöht die Möglichkeiten zur eigenen Beobachtung, zur unmittelbaren Wahrnehmung und Anschauung sowie zur autonomen Beschaffung von Informationen. Wenn in einer kleinen Gemeinde ein Mitglied eines Gemeinderates gewählt, wenn ein Schulhaus oder eine Brücke gebaut werden soll, dann hat der einzelne zuvor schon Kenntnisse und kann sich weitere selbst per Augenschein hinzubeschaffen. Entsprechende Informationskampagnen dürften deshalb wirkungsloser sein. Die starke siedlungsmässige und politische Dezentralisierung hält Distanzen vor allem auch zum politischen Geschehen klein. Ausserdem ist der Schweizer vergleichsweise stark in die in langer Tradition überkommenen Gebietskörperschaften integriert, was auch das Kommunikationssystem stark territorialisiert hat. Die Gebietskörperschaften sind in starkem Masse immer noch Gefässe für die politische Kommunikation – vor allem das Pressesystem ist entsprechend organisiert – und sie erfüllen in erheblichem Ausmasse auch noch Funktionen der sozialen Integration. Definition und Artikulation von politischen Problemen und Forderungen, die Artikulation von Interessen und auch die Rekrutierung von politischem Personal – vor allem bei Regierungs- und Bundesratswahlen – erfolgen stark aus den lokalen und regionalen Kontexten heraus. Das gesamtschweizerische Kommunikationssystem und auch die Öffentliche Meinung ist deshalb in hohem Masse zunächst eine Summe solcher territorialer Teilöffentlichkeiten, die sich oftmals eigengesetzlich bewegen, wie an Abstimmungs- und Wahlergebnissen immer wieder abgelesen werden kann.

Die leichtere Beschaffbarkeit von Wissen in kleinen Einheiten hängt auch davon ab, dass zahlreiche Lebensbereiche dort weniger stark *voneinandergetrennt* und somit gegenseitig leichter einsehbar sind. Diese Feststellung beschränkt sich nicht nur auf geringere räumliche Trennungen, auf kleinere Distanzen zu Ereignissen, zum Nachbarn, zum Betrieb und zur Behörde. Sie meint auch soziale Nähe, indem oft auch Rollen, Tätigkeiten und soziale Gruppen enger miteinander verbunden sind. Auch Privates und Öffentliches sind in kleinen Gemeinschaften weniger klar voneinander abgetrennt. Auf die Rollenverknüpfungen durch das Milizprinzip als Relaisstationen für Wissens-

übertragungen von einem Bereich in andere soll noch zurückgekommen werden. Selbst der Schweizer Soldat trennt sich ja nicht von seinen persönlichen Waffen, und schweizerische Wehrübungen vollziehen sich ja stark unter den Augen der Öffentlichkeit.

Infolge dieses Mehrwissens, der genaueren Sichtbarkeit und Überschaubarkeit der Verhältnisse und auch wegen der leichteren Beschaffbarkeit von Wissen sind kleine Kollektive von ihrer Natur her *öffentlicher*. Öffentliches und Privates lassen sich weniger leicht trennen. Diese Öffentlichkeit fungiert als Instanz der Konsensbildung, aber auch der sozialen Kontrolle. Dem ist auch die Tatsache zuzuschreiben, dass die Schweiz eine vergleichsweise niedrige Rate abweichenden Verhaltens kennt. So gesehen hilft diese ausgeweitete Öffentlichkeit mit, um Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu lösen. In anderer Hinsicht schafft dieser Umstand aber auch solche, in dem die Sichtbarkeit der Verhältnisse und die starke Kontrollierbarkeit des individuellen Verhaltens durch die kleinkollektive Öffentlichkeit die Sicherung von Privatheit und von Anonymität erschwert und Freiheitsspielräume bedroht. Diese bedrohliche Öffentlichkeit zwingt zur Anpassung oder veranlasst zum Rückzug ins Private, zum Schweigen oder gar zur politischen Abstinenz. Die Kultivierung von Werten des Individualismus, der Autonomie und der Freiheit stellt möglicherweise so etwas wie eine Abwehrstrategie gegen den Kollektivdruck kleiner Verhältnisse dar.

Überhaupt erscheinen kleine Kollektive in einem stärkeren Masse *politisiert* und zwar wegen dieser geringeren Trennung vom Öffentlichen und Privaten, aber auch wegen des in kleinen Verhältnissen härteren Kampfes um knappe Güter und um Zielprioritäten. Dieser höhere Politisierungsgrad ruft wiederum nach konfliktsparenden Verfahren wie jenen der Proporz- und Konkordanzdemokratie, der Trennung durch den Föderalismus und er erklärt wohl auch jene Abwehrhaltung, wie sie in schweizerischen Antietatismus zum Ausdruck kommt. Es ist dies ein Antietatismus, der durch die häufigen Volksabstimmungskampagnen immer wieder geweckt und verstärkt werden kann, obwohl eben diese direktdemokratischen Einrichtungen hochpolitisierte Verfahren insofern sind, als sie jederzeit, für jedes Thema und für jedwede gesellschaftliche Gruppe offenstehen.

Alle genannten Merkmale des kleinstaatlichen Kommunikationsfeldes zusammengenommen, nämlich die grössere Transparenz und Öffentlichkeit der Verhältnisse, die geringere Trennung der Lebensbereiche und ihr höherer Grad der Politisierung machen kleine Einheiten in besonderem Masse *konfliktanfällig*. Sichtbarkeit und Beobachtbarkeit erhöht eben die Möglichkeiten der Kontrolle und der Sanktionierung, während die geringere Trennung bzw. stärkere Verflechtung der Lebensverhältnisse eine gegenseitige Neutralisierung von Motiven und Emotionen erschweren. In die gleiche Richtung wirkt auch die Tatsache, dass in kleinen Verhältnissen vieles personengebundener abläuft, personalisierte Abläufe können ebenfalls konfliktiver sein. Damit hat der Kleinstaat fertig zu werden, auf entsprechende *Verhaltensweisen* im Umgang mit derartigen Problemen ist bereits hinge-

wiesen worden. Auf die Bedrohungen durch die erhöhte Sichtbarkeit und Öffentlichkeit des Tun und Lassens kann er mit einer Minimierung der Kommunikation, mit Verschwiegenheit und *Vertraulichkeit* reagieren. Bekanntlich werden Vertraulichkeitsmaximen nicht nur im schweizerischen Geldwesen, sondern auch in der schweizerischen Politik sehr hoch gehalten. Akten sind vor allem in den Gemeinden und Kantonen schwer zugänglich und Indiskretionen werden erheblich sanktioniert, wie es sich im Falle eines Redaktors der Zürcher „Weltwoche“ gezeigt hat. Als besonders gesellig und gesprächig gilt der Schweizer überdies auch nicht.

Die Zürcher Jugendkonflikte haben wieder einmal gezeigt, zu welchen Auseinandersetzungen es in einer überschaubaren Einheit kommen kann, wenn ihr diesbezügliches *Sicherungssystem* der Kompromissbereitschaft, der Zurückhaltung und der affektiven Selbstdisziplin durchbrennt. Die Entstehung jenes Konfliktes hat gewiss mehrere Gründe, sein eskalierter Ablauf ist aber ohne die konfliktverschärfenden Effekte der Nähe und damit der Enge, der breiteren Betroffenheit, der leichteren Identifizierbarkeit von Herausforderung, Tat und Tätern und auch ohne die grosse nationale und internationale öffentliche Aufmerksamkeit nicht zu verstehen. So hat etwa die mit der Enge der Stadt verbundene Störanfälligkeit des Stadtlebens immer mehr am Konflikt nichtbeteiligte Personen in die Auseinandersetzungen hineingezogen und das Klima vergiftet. Den Streitenden hat sie weniger Rückzugsmöglichkeiten offengelassen und damit die Aggressivität laufend verstärkt. Das rief die Staatsgewalt immer stärker auf den Plan, von deren Unmittelbarkeit viele Demonstranten gar keine Ahnung hatten und deshalb entsprechend verletzt reagierten. So kummulierte sich ein ursprünglicher Jugendkulturkonflikt zum Konflikt der ganzen Stadt.

Die Kleinheit der Verhältnisse bewirkt nun aber nicht nur einige Besonderheiten des Kommunikationsfeldes, sondern in erheblichem Masse auch die Formen und Arten der *Übertragung* von Bewusstseinsinhalten. Je kleiner die Verhältnisse, desto *direkter* bzw. weniger medienvermittelt kann Kommunikation sein. Direkte Kommunikation kann komplexer sein, d. h. immer noch mehr Sachverhalte in den Austauschvorgang einfließen lassen als die Interaktionspartner überhaupt wollen. Das macht sie riskanter und konfliktiver. Direkte Kommunikation ist als System – wie übrigens die direkte Demokratie auch – offener, d. h. dass sich jede Person mit jedem Thema beteiligen kann. Als Generator von Öffentlicher Meinung folgen solche direkten Kommunikationsbeziehungen ein Stück weit eigenen Gesetzen. Sie sind offener, zugänglicher, diffuser und in manchem deshalb schwerer gleichzurichten, bzw. durch eine zentrale Instanz zu steuern. Darin mag die immer beobachtbare Unwirksamkeit von Wahl- und Abstimmungskämpfen und -parolen eine ihrer Ursachen haben.

Natürlich sind in kleinen Verhältnissen nicht alle Kommunikationsprozesse direkt und es gibt dort auch *mediale Übertragungsvorgänge*. Bezeichnend für die Medien ist dann aber, dass sie selbst kleiner und damit mit weniger Mitteln ausgestattet sind und damit einen *geringeren Grad* der Aus-

differenzierung aufweisen, was Konsequenzen für ihre funktionale Autonomie haben kann. Als kurze Kommunikationswege und Übermittlungsstellen dieser Art kann auch, wie bereits angedeutet, auch das *Milizsystem* betrachtet werden. Über das Milizsystem beschafft sich das politische System auf einfache, schnelle und kostengünstige Art Wissen und überträgt es in eben dieser Weise von den Gemeinden, in den Kanton, vom Kanton in den Bund oder auf dem gleichen Weg wieder zurück. Übertragen wird derart auch in horizontaler Richtung von der Wirtschaft, der Wissenschaft oder vom Militär in die Parteien, die Parlamente, die Gerichte und in die Regierungen. Damit wird politische Kommunikation weniger öffentlich und weniger kontrollierbar und der Umgang mit Wissen ist weniger auf Wissensvermittlung spezialisiert, sondern immer stärker mit der interessengebundenen Wissensverwendung verknüpft. Der Übertragungsvorgang ist weniger autonom. Er ist zwar stärker interessengebunden, aber damit auch pragmatischer, sachbezogener und nüchterner sowie in vielen Fällen auch von unbestreitbarer Sachkompetenz. Ein Anwalt, ein Lehrer, ein Gemeindepräsident, ein Unternehmer oder ein Lokomotivführer weiss als Mitglied eines kantonalen Parlamentes mehr als ein professioneller politischer Funktionär, der sich ja selbst über die Verhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft informieren lassen muss. Das Milizprinzip ermöglicht es, dass viele verschiedene Berufe in politischen Institutionen tätig sein können, wodurch jene Einseitigkeit der Interessenabhängigkeiten wiederum relativiert werden. Aber das Milizprinzip privilegiert gleichwohl Berufe mit höherer Kommunikationsfähigkeit. Da überdies auch die direkte Demokratie eine grössere Fähigkeit im Umgang mit politischer Kommunikation voraussetzt, gilt für sie diese Feststellung auch. Beide bringen bürgerliche Politiker und Politiken gegenüber jenen der einfacheren Schichten in einen Vorteil und tendieren im Zweifelsfalle konservativ. Dass dieses Milizprinzip schliesslich auch den Stil der politischen Sprache in den Parlamenten, aber auch in den Parteigremien und den beratenden Kommissionen beeinflusst, bedarf keiner besonderen Begründung mehr. Insgesamt binden das Milizprinzip – ebenso auch die direkte Demokratie – den politischen Prozess des Kleinstaates an die faktischen Gegebenheiten und Machtverhältnisse der Gesellschaft zurück. Sie institutionalisieren somit nicht nur Übertragungs-, sondern zugleich auch wirksame Rückkopplungsmechanismen.

Zu vermerken wäre schliesslich noch, dass das Milizprinzip nicht nur als Schaltstelle zwischen den Bereichen der Gesellschaft und jenen der Politik fungiert, sondern auch die Kommunikationsdynamik in der *politischen Elite* selbst stark beeinflusst. Auch dort führt es dazu, dass das mit Berufen verbundene Prestige oder entsprechende Vorurteile ungetrennt vom Politischen übertragen werden und zur Wirkung kommen können. Das fängt bei der Eliterekrutierung an, wo jene Parteien, die es können, immer mehr dazu übergehen, Supporterkomitees mit renommierten Personen aus Kultur, Wissenschaft und Hochschulen ins Feld zu schicken, was die Eigenrationalität des Politischen verfremden kann. Die hohe gegenseitige Bekanntheit der zahlenmässig kleinen politischen Eliten in den Gemeinden und Kantonen

schaft spezifische Informationskanäle, schnelle Abstimmungsmöglichkeiten und sie wirkt auch selektiv, als man leicht nach Freund und Feind unterscheiden und den Informationsfluss entsprechend steuern und vertraulich halten kann. Der durch das Milizprinzip geschaffene starke Rückhalt der politischen Elite in anderen gesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern und ihre hohe Konnektivität, d. h. ihre hohe gegenseitige Bekanntheit, kann Elitekonflikte kostspielig machen, was zu einer Konservativität in dem Sinne führt, „dass sie das Konsensprinzip selbst bei einem starken Anwachsen der Entscheidungslast beibehalten und in Kauf nehmen, dass auf neue Umweltprobleme nur sehr langsam reagiert werden kann und manche Sachfragen mangels Konsensmöglichkeit völlig unerledigt bleibt“ (Geser).

Wichtigstes Medium der politischen Kommunikation auf allen drei Ebenen des Bundesstaates ist immer noch die *Presse*. Und wiederum ist der grösste Teil der politischen Presse der gebietskörperschaftlichen Struktur des Bundesstaates angepasst, so dass die Schweiz zwar zahlreiche, meist aber nur kleinere Zeitungen besitzt. Diese starke regionale Eingebundenheit dieser Druckmedien erhöht deren Aufmerksamkeit für das lokale und regionale Geschehen, bindet sie aber zugleich auch in die erhöhte Aufmerksamkeit und Kontrolle der dortigen Akteure ein. „Es braucht nicht viel Mut“, einem südamerikanischen oder östlichen Diktator deutlich zu sagen, was man von ihm denkt, es braucht aber viel Mut, einer lokalen politischen oder wirtschaftlichen Grösse am Zeug zu flicken. Die „Publizistik im kleinen“ ist von zwei Seiten bedroht: Die innere Pressefreiheit steht nicht nur in Gefahr, Pressionsversuchen von seiten der Inserenten nachgeben zu müssen, vielleicht ebenso gross ist der Druck, der vom Leser ausgeht: Es ist die Intoleranz vieler Leser, welche die Aufgabe der Redaktion erschweren. Je kleiner die Verhältnisse, desto grösser die „Zensur des Lesers“. Der zentrale Grund hierfür liegt in dem Umstand, dass kleine Zeitungen Abonnementsabbestellungen gegenüber empfindlicher, dass ihre wenigen Redaktoren voll identifizierbar und entsprechend sanktionierbar sind und dass die Angewiesenheit der privatwirtschaftlich geführten, kleineren Zeitungsverlage auf, bzw. ihre Abhängigkeit von Anzeigengeschäft gross ist. Kommunikation kostet nun einmal Geld, das bei den kleinen Medien knapp ist und diese damit von externen Geldquellen abhängiger macht. Das gilt auch für Presseagenturen wie etwa die Schweizerische Politische Korrespondenz, aber auch für die politischen Parteien, die bei Abstimmungskampagne ja auch als Kommunikatoren tätig sind und dabei in erheblicher Abhängigkeit von privaten Geldgebern stehen.

Übertragungsprozesse von Wissen in der Form von Spezial- oder *Fachwissen* finden aber auch durch politische Experten und Beratungsprozesse statt. Kleinheit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass kleine Gemeinden und Kantone stärker von externen Sachverständigen abhängig werden können. Jener Umstand bringt auch mit sich, dass immer weniger Personen am Werk sind, was auf derartige Wissensvermittlungs- und Beratungsprozesse einen entpluralisierenden, wenn nicht gar oligarisierenden Effekt haben kann.

Zusammenfassend zu den Übertragungsprozessen lässt sich sagen, dass sie in kleinen Verhältnissen in stärkerem Masse personengebunden und weniger klar vom gesellschaftlichen Umfeld abgetrennt sind. Damit fließen immer auch andere Motive in den Kommunikationsprozess ein. Damit ist auch ein geringerer Grad der Professionalisierung und der Institutionalisierung von Kommunikationsprozessen verbunden, alles Faktoren, die auch dem *Umgang mit Wissen* beeinflussen. Vor allem in bezug auf politische Kommunikation kann man wohl sagen, dass diese pragmatischer, weniger abstrakt und theoretisierend vonstatten geht. Die unmittelbare Einsehbarkeit der Verhältnisse und Ereignisse setzt der Manipulation von Informationen und damit auch der propagandistischen oder gar ideologischen Verfälschung von Sachverhalten gewisse natürliche Grenzen. Sie bindet die Verwendung von Wissen stärker an das Bestehende, das Faktische, das Sichtbare und das Notwendige zurück, eine Rückkoppelung überdies, welche durchaus auch eine konservierende Auswirkung zeitigt. Politische Ideologien haben auch aus solchen Gründen in der Schweiz immer nur eine geringere Resonanz gehabt. Deshalb ist auch die Öffentliche Meinung, aber auch der Prozess der Artikulation politischer Forderungen weniger sprunghaft. Insgesamt ist die Homogenität des politischen Bewusstseins in bezug auf das, was man für wertvoll und wichtig hält, welche Ziele sich eine kleine politische Gemeinschaft als die obersten setzt, grösser. Eine kleine Gesellschaft ist – wiewohl die Schweiz eine starke sprachliche und räumliche Segmentierung aufweist – sozial gesehen weniger fragmentiert und die geringeren sozialen Distanzen zwischen den Personen, den Gruppen, seien es nun Arbeiter und Bauern, Stadt- und Landbevölkerung oder Begüterte und weniger Reiche bilden sich auch auf der Ebene des Bewusstseins ab. Darüberhinaus findet die Homogenität des politischen Bewusstseins ihre Abstützung in unbestrittenen und beinahe idealisierten Traditionen sowie in einem verhaltenen, aber durch den politischen und wirtschaftlichen Erfolg des Kleinstaates durchaus gesicherten nationalen Selbstbewusstsein, das ja auch im Willen zur Neutralität zum Ausdruck kommt. Eine einheitsstiftende Kraft geht schliesslich auch von obersten politischen Werten aus, von dem also, was einer kleinen Gesellschaft wichtig ist, was ihr knapp ist und womit sie deshalb sorgfältig umgehen muss. Wertvoll werden ja vor allem jene Güter, über die sie nicht im Überfluss verfügt und deren Erbringung sie deshalb kultivieren und höher bewerten muss. In seiner Freiheits- und Wirtschaftsgesinnung hat der Kleinstaat Schweiz Tugenden aus seinen Nöten gemacht, Tugenden, die dann ihrerseits wiederum die Aufmerksamkeiten gegenüber dem Tun und Lassen der Gesellschaftsmitglieder steuern und die Setzung von politischen Prioritäten beeinflussen. In dem Masse aber, wie der politische Liberalismus die Freiheitswerte als gesichert glaubt, der wirtschaftliche Druck auf den Kleinstaat, der inzwischen zu einer wirtschaftlichen Mittelmacht geworden ist, aber stieg, rücken ökonomische Werte immer mehr in das Zentrum auch der politischen Kultur.

Natürlich steuert diese Homogenität des öffentlichen Bewusstseins den Umgang mit Wissen in der Gesellschaft, sie erleichtert die Konsensbildung,

erzeugt zugleich aber auch Empfindlichkeiten gegenüber Alternativen und gegenüber kritischer Kommunikation. Politische *Konsensbildung* als Prozess der Gleichrichtung und Vereinheitlichung von Meinungen und Absichten wird somit nicht nur durch den grossen Aussendruck des Kleinstaates, sondern auch durch innere Gegebenheiten seines Kommunikationsfeldes angetrieben und erleichtert. So etwa durch die innere Verhaltenszensur, die sich der Kleinstaat angesichts seiner knapperen Mittel und Möglichkeiten auferlegen muss, oder als Folge des Aussendruckes, der innere Handlungsspielräume begrenzt, aber auch als Folge der Zwänge zum Notwendigen sowie als Ergebnis eines kleingesellschaftlichen Konformitätsdruckes, der aus den pluralismusbegrenzenden Effekten der geringen Grösse entstehen kann. Allen ist es aufgegeben, „am gleichen Strick“ zu ziehen.

Umgekehrt verschärfen die Traditionalität und die Homogenität des herrschenden öffentlichen Bewusstseins besondere *Konfliktintensitäten*, weil sie Änderungen und Neuerungen erschweren. Konfliktorischer wird die Politik auch, weil sie in kleinen Verhältnissen alle Lebensbereiche stärker berührt, weil ein Rückzug, weil Distanz zur Politik schwerer wird und schliesslich auch weil die Verteilung knapperer Mittel kontroverser ist. Politische Wert- und Zielkonflikte will man sich nach Möglichkeit keine leisten, nachdem die kleinkommunalen Verhältnisse, aber auch föderalistischen Verschiedenheiten konfliktträchtig genug sind. Das alles erschwert politische *Kritik*, wie bereits an verschiedenen Stellen dieser Ausführungen angedeutet worden ist. Kritik trifft und verletzt stärker, weil Kommunikationsprozesse stärker personen- gebunden und mit privaten und wirtschaftlichen Verhältnissen verknüpft sind. In kleinen Gemeinden, Schulen, Betrieben oder Universitäten, wo die Beteiligten bei einem geringen Grad von Mobilität auf viele Jahre hinaus zusammenwirken, kann Kritik verheerende Folgen haben. Das gilt auch für den Zusammenhalt in der politischen Elite, wo Regierungs- und Verwaltungsmitglieder praktisch auf Lebzeit zusammenarbeiten. Im Bereiche der politischen Parteien und Parlamente ist die zeitliche Belastung der Nebenamtspolitiker gross, was sie allgemeinen Reflexionen und politiker Kritik gegenüber eher ungeduldig macht.

VI. Innere Pluralität und Kommunikation

In vielem werden nun diese kleinheitsbedingten Kommunikationszwänge durch die ausserordentliche sprachliche, siedlungsmässige und gebietskörperschaftliche *Vielfalt* des Kleinstaates Schweiz kompensiert. Dass diese Pluralität auch viel Wissen, viele Meinungen, viele Medien und einen hohen Bedarf nach Kommunikation erzeugt, ist im bisher Gesagten bereits deutlich geworden. Gegenüber der internationalen Umwelt erhöht die Mehrsprachigkeit des Kleinstaates seine Fähigkeiten der Informationsaufnahme und Wissensverarbeitung. Im Inneren schafft sie dagegen Kommunikationsbarrieren, welche die verflochtenen Verhältnisse des Kleinstaates pluralisieren und konfliktan-

fällige Reibungsflächen gegeneinander isolieren. Sie lässt zudem Teilöffentlichkeiten entstehen, die sich relativ autonom bewegen und dem Konsens- und Konformitätsdruck entziehen können. Ausserdem stellt diese Vielgestaltigkeit eine natürliche Form der Gewaltenteilung dar und sie lockert damit gewaltenmonistische und oligarisierende Tendenzen, wie sie mit der geringeren Ausdifferenzierung des Politischen, mit der zahlenmässigen Kleinheit der Eliten, ihren zumindest im politischen und wissenschaftlichen Bereich langen Amtsdauern, ihrer nur wenig ausgeprägten Mobilität und wie sie auch mit der Zentralisierung von Funktionen durch das Milizprinzip gegeben sind. Es ist zwar richtig, dass die Homogenität des politischen Bewusstseins trotz dieser Pluralität stark ausgeprägt ist, aber es sind gleichwohl immer wieder andere Personen, welche in den Gebietskörperschaften zu Amt und Würde kommen. Daraus entstehen Konkurrenzverhältnisse, welche die kleinstaatlichen Verflechtungen pluralisieren.

Allein schon mit der Verschiedenheit der Sprachen sind unterschiedliche Definitions- und Sichtweisen gegeben. Die politischen Einrichtungen tragen in den Kantonen ja durchaus andere Namen, wobei es ja auch kein einheitliches Schweizerdeutsch gibt. Ausserdem reduziert diese Vielgestaltigkeit die bedrohliche Transparenz, die Möglichkeiten der sozialen Kontrolle und sie dient damit der Sicherung von Autonomie trotz kleinkollektivistischer Abhängigkeiten.

Abschliessend sei immerhin noch darauf hingewiesen, dass auch das *politische System* der Schweiz pluralistische Züge in dem Sinne aufweist, als es ja ganz unterschiedliche Verfahrenselemente kombiniert. So stellten ja der Föderalismus, die direkte Demokratie, die milizförmigen Repräsentationsverhältnisse, der Proporz, die Konkordanzdemokratie, das Vielparteiensystem, aber auch die Blockbildungen im Parteiensystem selbst sowie die verschiedenen Wahlverfahren gewissermassen institutionelle Rahmenbedingungen dar, die unterschiedliche Kommunikationsformen bedingen. So zwingt die Konkordanzdemokratie zur kommunikativen Mässigung, während die direkte Demokratie viele Kommunikationskanäle öffnet, viele Themen, Forderungen und Argumente zulässt. Regierende Räte in den Gemeinden, den Kantonen und auch im Bund fungieren wegen ihrer langen Amtsdauer als Wissensspeicher, die Topelite der Milizpolitiker ist wegen ihrer Vielfachzugehörigkeiten „allwissend“ und deshalb eher wortkarg, während die Parlamente mit Vorstössen überschwemmt werden, weil der Prozess der politischen Artikulation in kleinen Verhältnissen stärker personengebunden und damit weniger durch Zwischeninstanzen mediatisiert und diszipliniert verläuft.

Literaturhinweise

- Frank Böckelmann, *Theorie der Massenkommunikation*, Frankfurt am Main. 1975.
- Henning Dunckelmann, *Lokale Öffentlichkeit*, Stuttgart 1975.
- Hans Geser, *Bevölkerungsgrösse und Staatsorganisation*, Bern 1981.
- Hans Geser, *Kleine Sozialsysteme; Strukturmerkmale und Leistungskapazitäten*, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1980, S. 205 ff.
- Hans Geser/François Höpflinger, „*Probleme der strukturellen Differenzierung in kleinen Gesellschaften*“, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 1976, S. 27 ff.
- Walter A. Jöhr, „*Elisabeth Noelles Schweigespirale aus der Sicht eines Nationalökonom*“, in: Öffentliche Meinung und sozialer Wandel, Festschrift für E. Noelle-Neumann, hrsg. von Horst Baier u. a., Opladen 1982, S. 12 ff.
- Niklas Luhmann, „*Öffentliche Meinung*“, in: Ders. Politische Planung, Opladen 1971, S. 9 ff.
- Niklas Luhmann, „*Soziologie des politischen Systems*“, in: Ders. Soziologische Aufklärung, Opladen 1969.
- Leonhard Neidhart, „*Notizen über die öffentliche Meinung im Kleinstaat*“, in: *Staatsorganisation und Staatsfunktionen im Wandel*, Festschrift für Kurt Eichenberger, hrsg. von Georg Müller, René A. Rhinow, Gerhard Schmid und Luzius Wildhaber, Basel/Ffm 1982, S. 445 ff.
- Hans Vogel, *Der Kleinstaat in der Weltpolitik*, Frauenfeld 1979.
- Armin Walpen/Franz Zölch (Hrsg.), *Politik und Publizistik – Publizistik und Politik*, Aarau 1981.

